Die britische Politik für erneuerbare Energien ist Selbstmord und weist den Weg zur Armut

geschrieben von Andreas Demmig | 23. März 2020

Bereits im August letzten Jahres erlitt Großbritannien den schlimmsten Stromausfall seit zehn Jahren, nur wenige Tage nachdem die „grün-linken“ Medien mit dem Aufbau des britischen Netzes für erneuerbare Energien geprahlt hatten.

> Chris Kenny, Moderator von Sky News, sagte, die MSMedien auf der ganzen Welt seien still über den Stromausfall gewesen, bei dem eine Gasanlage und ein Offshore-Windpark für erneuerbare Energien beide offline gingen, was zu einem weit verbreiteten Chaos in ganz Großbritannien führte.
>
> Behörden und Aktivisten haben den Stromausfall als „äußerst seltenes Ereignis“ bezeichnet und behauptet, er sei nicht auf die Abhängigkeit von erneuerbaren Energien zurückzuführen.

Mit dem Brexit als politische Realität wird Großbritannien bald seine Handels- und Regulierungsbeziehungen neu ordnen müssen. Wie seine Wirtschaft auf seine neu gewonnene Unabhängigkeit von Brüssel reagieren könnte, ist unklar und unter Politikern und Experten Gegenstand zahlreicher hyperbolischer und schrecklicher Vorhersagen.

Matt Ridley befürchtet, dass die von Johnson geführte Tory-Regierung ihr Schicksal bereits besiegelt hat: mit noch mehr Subventionen für chaotisch intermittierende Windkraft, lächerlichen Netto-Null-Kohlendioxid-Gasemissionszielen, die bis 2050 erreicht werden sollen und einer Reihe anderer gleichermaßen Selbstmordpolitik.

Wie Matt betont, würden Sie, wenn Sie einen Weg in die Armut einschlagen möchten, zunächst Haushalten und Unternehmen die zuverlässige und erschwingliche Energie entziehen, die für eine produktive und prosperierende Wirtschaft unerlässlich ist.

Die Energiepolitik der Regierung könnte den britischen Wirtschaftsaufschwung lähmen

Matt Ridley , 8. März 2020

Wenn Großbritannien sich als unabhängige Handelsnation neu aufbaut, hängt sein Schicksal davon ab, wie wettbewerbsfähig es ist. Wir haben viel vor, aber wir haben auch eine stark regulierte Wirtschaft, hohe

Arbeitskosten und geringe Produktivität, so dass wir möglicherweise einen Schock erleben werden. Und es gibt eine Menge selbstverschuldeter Belastungen, die wir gerade noch verschlimmern, vielleicht sogar lähmen: unsere Energiepolitik .

Großbritannien hat in einzigartiger Weise Gesetze erlassen, um 2050 eine Netto-Kohlendioxidemission von Null zu erreichen. Dies bedeutet, dass 85% unserer Energie, die derzeit aus Gas, Öl und Kohle stammt, ausfallen werden. Das bedeutet, Wege zu finden, um nicht nur das Stromnetz, das etwa 20% unserer Energie ausmacht, ohne Nettoemissionen zu betreiben, sondern auch alle unsere Heizungs-, Transport- und Industrieprozesse. Überraschenderweise hat der Ausschuss für Klimawandel vor der Empfehlung keine detaillierte Kalkulation dieses Ziels erstellt, aber nach seriösen Schätzungen belaufen sich die Kosten auf rund 3 Billionen GBP, da kein Durchbruch bei der Kernfusion oder der Kohlenstoffabscheidung absehbar ist.

Die Kosten einiger bestehender Regularien für Erneuerbare Energien werden bereits in Höhe von 10 Mrd. GBP pro Jahr an die Verbraucher weitergegeben. Durch Subventionen für Wind-, Solar- und Biomasse-Strom, sind die Strompreise der privaten Haushalte nach eigenen Schätzungen der Regierung um etwa 35% höher als ohne diese. Die von den Unternehmen zu zahlenden Preise, die bei Produkten und Dienstleistungen an die Verbraucher weitergegeben werden, sind eher um 60% gestiegen. Die Preise für Industriestrom gehören hier zu den höchsten der Welt. Dies wirkt sich stark auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und damit ein großer Teil des Grundes für unsere sinkenden Emissionen innerhalb des Landes. Man kann sagen, dass Kohlendioxid damit einer der erfolgreichsten Exporte des letzten Jahrzehnts bedeutet – allerdings hilft das nicht die Einnahmen zu verbessern, im Gegenteil!

> Die Hauptnutznießer dieser Politik sind die Industrie für erneuerbare Energien und die Regierung selbst, die zusätzlich auf diese Subventionen Mehrwertsteuer erhebt. Zum Glück für die Politik wurde der Schmerz dieser Anstiege durch zwei Faktoren gelindert: Erstens durch einen Rückgang der Gas- und Ölpreise im letzten Jahrzehnt; und zweitens ein Rückgang des Stromverbrauchs. Wäre dies nicht geschehen, wie Professor Dieter Helm von der Universität Oxford im Jahr 2017 schrieb, *„hätte es eine ernsthafte Kapazitätskrise und viel höhere Preise gegeben.“*

In der Welt und insbesondere in Asien, werden immer mehr Prozesse elektrisiert, weil Strom eine so vielseitige und effiziente Energiequelle ist. Aber GB und die EU scheinen uns in die andere Richtung zu bewegen. Einer der Gründe für den Rückgang des Stromverbrauchs [in GB] ist die Auswanderung der Industrie an billigere Standorte. Eine im letzten Jahr veröffentlichte EU-Studie hat gezeigt, dass Industriestrom in der EU28 nicht nur 50% teurer ist als in den G20 Ländern, sondern sogar teurer als inländischer Einzelhandelsstrom in der G20. Kein Wunder, dass Fabriken umziehen. Wir haben bereits unsere

Aluminiumindustrie und einen Großteil unserer Stahlindustrie verloren. Wir brauchen diese Materialien noch, aber wir importieren sie aus Ländern mit höheren Emissionen, was keinen Sinn macht. Selbst unsere erfolgreiche digitale Wirtschaft ist nicht immun gegen Energiekosten: Servercenter verbrauchen viel Strom. Hohe Energiekosten sind eine Barriere gegen unseren eigenen Export.

Energie ist nicht nur ein weiterer Rohstoff wie Papier oder Zement. Es ist die Quelle des Reichtums. Eine Wirtschaft ist ein thermodynamischer Motor, der nützliche Strukturen und Muster schafft, indem er Energie nutzt, um die Entropie rückgängig zu machen. Hohe Energiekosten sind für eine Volkswirtschaft im Laufe der Zeit äußerst gefährlich. Sie nagen an dem durch Kapital und Arbeit geschaffenen Mehrwert und verhindern experimentelle Innovationen. Die Deutschen erkennen jetzt, dass ihre extrem teure Energiewende ihre Exportwirtschaft vergiftet hat und nur ein unterbewerteter Wechselkurs die Show auf Trab hält.

In den letzten Wochen hat die Regierung eine Reihe von Ankündigungen in Bezug auf Energie gemacht, die alle versuchen, die grüne Lobby zu beschwichtigen. Jede einzelne erhöht die Kosten für die Verbraucher, belohnt jedoch die Interessengruppen der kapitalistischen Vetternwirtschaft in besonderem Maße: Bau von High-Speed2 [Schnellfahrstrecken der Bahn] auf öffentliche Kosten mit eigenen streckenseitigen Windparks; Rückzug von Heathrows privat finanzierter dritter Landebahn; das Datum des Verbots von Diesel- und Elektroautos vorzuziehen; Verbot von Kohle- und Nassholzöfen, die von den weniger Wohlhabenden in ländlichen Gebieten genutzt werden; die Verwendung von subventioniertem Ethanol aus Weizen vorschreiben; Wiedereröffnung von Subventionsprogrammen für Wind- und Solarenergie. In diesem letzten Fall argumentieren die Minister, dass Onshore-Windenergie jetzt billiger als fossile Brennstoffe sei und keine Subventionen mehr benötigt, weshalb sie die Subventionen dafür wiedereröffnet haben. Eh?

Die sinkenden Kosten für Offshore-Windenergie sind übrigens ein großer Mythos. Die Systemkosten, Anschlüsse und Sicherungen, die zur Stabilisierung eines Netzes erforderlich sind, das viel intermittierende Energie aufnehmen muss – sind enorm steigend und sind nicht in den offiziellen Kosten für Windstrom enthalten. Darüber hinaus haben zwei Studien bestätigt, dass die Baukosten pro Megawatt neuer Kapazität in der Windindustrie nicht wesentlich gesunken sind. Gordon Hughes, CapellAris und John Constable präsentierten öffentliche Ergebnisse, die darauf hindeuten, dass die Kosten von Offshore-Wind aufgrund des technischen Fortschritts nur geringfügig zurückgingen und dass dies durch den Umzug in tieferes Wasser vollständig ausgeglichen wurde. Und die Ökonomen an der Universität von Aberdeen verwendeten einen anderen Datensatz, um zu fast der gleichen Schlussfolgerung zu gelangen, dass es immer noch 100 GBP pro MWh kosten wird, Strom aus britischen Offshore-Windparks zu beziehen.

Warum bieten die Betreiber von Offshore-Windparks [bei den

Ausschreibungen] niedrigere Preise an? Die Subventionen haben die Form von „Contracts for Difference“ CfD (Differenzverträge), die jedoch falsch benannt sind. Sie sind keine verbindlichen Terminkontrakte und verpflichten den Stromerzeuger zu dem Angebotspreis zu liefern. Die Strafe für Nichtlieferung ist jedoch sehr trivial. Der CfD gewährt dem Stromerzeuger seinen Anspruch auf seinen Preis, verpflichtet ihn jedoch nicht zur Lieferung.

> John Constable von der Renewable Energy Foundation sagt dazu: *„Folglich haben die Stromerzeuger [der Erneuerbaren] sehr niedrige Gebote abgegeben, um einen Anspruch auf einen Preis und eine Option für die Entwicklung zu erhalten. Diese Option sichert eine Marktposition, hemmt den Wettbewerb und sorgt für eine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit. Im Wesentlichen spielen die Stromerzeuger auf zukünftige Marktpreise, die aus irgendeinem Grund über den CfD steigen. In diesem Fall werden sie aussteigen und den Marktpreis nehmen. “*

Beim Transport ist die Kraftstoffsteuer in diesem Land bereits außerordentlich hoch, was dazu führt, dass viele Spediteure, die vom Kontinent hierher kommen, zusätzliche Dieseltanks mitführen, damit sie hier nicht tanken müssen. Das Beharren auf Biokraftstoffen erhöht die zugrunde liegenden Kosten und wird mit der Kraftstoffsteuer multipliziert (ist das der listige Plan des Kanzlers?). In jedem Fall wird fast so viel Diesel und Gas benötigt, um eine Weizenernte anzupflanzen, zu düngen und zu ernten, wie Sie überhaupt Ethanol daraus gewinnen können.

Großbritannien täuscht sich vor, der Welt ein Beispiel zu geben, indem es schneller dekarbonisiert. Aber China, Indien und sogar Deutschland bauen immer noch Hunderte von Kohlekraftwerken. Es ist unwahrscheinlich, dass Großbritannien attraktive, hochwertige Exporte produzieren kann, wenn seine Energiekosten höher sind als die der Konkurrenz.

Wir können die Energietechnologien selbst auch nicht verkaufen. Die Erfahrung in Schottland zeigt deutlich, dass selbst wenn die Regierung mit der Industrie für erneuerbare Energien zusammenarbeitet, fast keine lokale Beschäftigung bei der Herstellung von Teilen für Windkraftanlagen vorhanden ist, da erneuerbare Energien bereits teuer sind und das Bestehen auf lokale Fertigung die Kosten noch weiter in die Höhe treibt. Windkraftanlagen werden im Vereinigten Königreich nur hergestellt, wenn die Arbeitskosten gesenkt werden. Der einzige Weg, dies zu tun, besteht darin, den Lebensstandard zu senken. Klingt das für Sie nach guter Politik? Denke ich auch nicht.

Der Zweck der Dekarbonisierung besteht darin, das Klima zum Besseren zu verändern. Niemand, der bei klarem Verstand ist, glaubt jedoch, dass Netto-Null-Emissionen [in Europa] feuchte Winter und Überschwemmungen verhindern werden. Solch schlechtes Wetter ist ohnehin in der Vergangenheit passiert, und Hochwasserschutz und -minderung wären

notwendig, selbst wenn sich das Klima nicht mehr erwärmen würde. Wie wäre es mit einem Hochwasserschutz, anstatt Geld für Subventionen für erneuerbare Energien zu verschwenden? Das würde funktionieren!

Unsere Energiepolitik ist zentral geplant, ähnelt jedoch eher der Praxis unter faschistischen als unter sozialistischen Regimen, da sie bevorzugte Privatunternehmen belohnt. Dieter Helm schrieb 2017:

> *„Im laufenden Jahrzehnt ist die Regierung von hauptsächlich marktbestimmten Investitionen in einen neuen Kontext übergegangen, in dem fast alle neuen Strominvestitionen vom Staat durch direkte und häufig technologiebezogene Verträge festgelegt werden. Die Regierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, „Gewinner“ zu bevorzugen. Leider sind Verlierer gut darin, Regierungen auszuwählen und wie bei den meisten dieser Strategien für Gewinner sind die Ergebnisse unweigerlich anfällig für Lobbying, zum allgemeinen Nachteil von Haushalts- und Industriekunden.“*

Ich befürchte, dass die Konservativen in den Fehler geraten sind, die Nation als Geschäft zu betrachten. Dies ist sowohl illiberal als auch der klassische Fehler, eher auf die Interessen der Produzenten als auf die der Verbraucher einzugehen. Unternehmen sind im Inneren Kommandowirtschaften (weshalb Geschäftsleute im Allgemeinen keine guten Politiker sind). Aber die Bevölkerung und die Nationalstaaten, die sie schaffen, um ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten, sind keine Unternehmen, sondern freiwillige Kooperationen. Die grüne Agenda gibt, wie bei jeder „Krise“, einen Vorwand für die Schaffung einer Kommandowirtschaft. Wenn wir diesen Weg weitergehen, werden wir nicht nur *nicht wettbewerbsfähig* sein, sondern wie alle anderen korrupten und ineffizienten Kommandowirtschaften vor uns auch – sehr, sehr niederträchtig.

Global Vision

Matt Ridley ist ein preisgekrönter Autor und sitzt als Viscount Ridley im House of Lords

https://stopthesethings.com/2020/03/17/descent-of-man-britains-suicidal-renewable-energy-policy-lays-a-path-to-poverty/

Übersetzt durch Andreas Demmig